

AUSSENPOLITISCHE DISKUSSIONEN IN SCHWEDEN NACH 1990

VON DER NEUTRALITÄT ZUR NATO?

Carl Johan Blydal

Schweden hat seit 1990 seine Außenpolitik grundlegend verändert.¹ Das Land, das seit fast zwei Jahrhunderten außen- und sicherheitspolitisch auf Neutralität gesetzt hat und auch während des Ost-West-Konfliktes den Eindruck von Blockfreiheit zu vermitteln suchte, entsendet längst Truppen zu NATO-Missionen – zuletzt in Libyen. Dennoch ist Schweden bis heute nicht Vollmitglied des Militärbündnisses. Da sich die militärische Isolation vor 1990, entgegen den politischen Behauptungen, hauptsächlich gegen den Osten gerichtet hatte, fand die sicherheitspolitische Annäherung an den Westen nach 1990 relativ stetig und reibungslos statt, sowohl unter sozialdemokratischen als auch unter bürgerlichen Regierungen. In der öffentlichen politischen Diskussion vollzog sich der Wandel jedoch weder schnell noch reibungslos.

Während mehrerer Jahrzehnte hatte sich die Neutralitätspolitik von einer reinen sicherheitspolitischen Option zu einem Teil der schwedischen nationalen Identität gewandelt. Vor allem sozialdemokratische Regierungen begründeten verschiedene innen- und außenpolitische Standpunkte mit der Neutralität. Daher wurde die Außenpolitik überdies Teil der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen, besonders der liberal-



Carl Johan Blydal ist freiberuflicher Politikwissenschaftler in Berlin.

1 | Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung einiger Ergebnisse meiner Dissertation „Außenpolitische Diskurse in Schweden nach 1990. Zwischen realer Sicherheitspolitik und idealisierter Neutralität“, die ich am 03.11.2010 an der Philosophischen Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin verteidigt habe. Für eine vollständige Übersicht der benutzten Quellen und Literatur möchte ich auf meine demnächst erscheinende Doktorarbeit verweisen.

konservativen Moderaten Partei, die seit 1995 EVP-Mitglied ist. Diese Auseinandersetzung ging zu großen Teilen auf die Regierungszeit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Olof Palme (1968-1976 und 1982-1986) zurück. Streitfragen aus der Palme-Ära haben die außenpolitische Diskussion noch lange nach 1990 beeinflusst und beeinflussen sie bis heute.

SCHWEDISCHE AUSSENPOLITIK NACH 1945

Als nach dem Ende der Napoleonischen Kriege 1815 militärisch geschwächerter, aber geografisch geschützter Kleinstaat gelang es Schweden, sich durch eine Kombination aus außenpolitischer Zurückhaltung, flexibler Annäherung

an unterschiedliche Großmächte und Ausnutzung von deren Rivalitäten aus allen militärischen Konflikten der vergangenen zwei Jahrhunderte herauszuhalten. Um dies zu erreichen, verfolgten die schwedischen Eliten zwei parallele Strategien: Einerseits erklärte

Einerseits erklärte Schweden bei Konflikten regelmäßig seine Neutralität, andererseits suchte Schweden konsequent Unterstützung bei denjenigen Großmächten, die es vor Russland schützen konnten.

Schweden bei Konflikten, welche die Großmächte in seiner unmittelbaren Nähe betrafen, regelmäßig seine Neutralität, andererseits suchte Schweden konsequent Unterstützung bei denjenigen Großmächten, die es vor Russland schützen konnten. Vor 1871 fand es diese Unterstützung bei Großbritannien und Frankreich, nach 1871 bei Großbritannien und dem Deutschen Reich und nach 1945 bei den USA. So taktierte Schweden zwischen außenpolitischer Isolation und sicherheitspolitischer Anlehnung. Daraus entstand eine Spannung zwischen einer den Sachzwängen unterworfenen Realpolitik einerseits und einer in idealistischer Weise behaupteten Neutralität andererseits. Diese Spannung hat die Schweden seit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg durch den Ost-West-Konflikt hindurch und darüber hinaus beschäftigt.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs stand Schweden aufgrund der technischen Entwicklung der Wehrtechnik vor einem doppelten Problem: Erstens verschwand sein strategischer Vorteil der großen geografischen Abstände durch die schnellen Entwicklungen der Flugzeug- und Raketen-technik. Zweitens konnte ein Staat von der Größe Schwedens mittlerweile wehrtechnisch nicht mit den Groß- und Supermächten mithalten. Obwohl Schweden seine Bünd-

nisfreiheit nicht aufgeben wollte, begann es daher ab 1948 insgeheim eine wehrtechnische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit den USA und der NATO, die den Ost-West-Konflikt hindurch andauern würde. Gleichzeitig wandelte sich allmählich das öffentliche Verständnis des Neutralitätsbegriffes. Das eigentlich rein außenpolitische Instrument der Neutralität bekam so zwei voneinander abweichende Bedeutungen. Außenpolitisch kündigte Schweden lediglich an, sich im Falle eines internationalen Konflikts im Sinne des Völkerrechts für neutral zu erklären. Daneben suggerierte die Berufung auf die zukünftige Neutralität jedoch zunehmend auch im Frieden eine Art Abgehobenheit von den Konflikten dieser Welt. Dies erschwerte es zunehmend, die realpolitisch begründete sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Westen von den innenpolitisch bedingten Verlautbarungen zu trennen. Die Lösung dieses Problems bestand in der systematischen Geheimhaltung aller Aktivitäten, die sich nicht mit der offiziellen Neutralitätspolitik vereinbaren ließen. Diese Haltung ist von der Forschung als verdeckte „Rückversicherungs-“ oder „Doppelpolitik“ bezeichnet worden.²

So ließen sich die beiden bedeutendsten sicherheitspolitischen Krisen dieser Jahrzehnte, die Catilina-Affäre von 1952 und die U-Boot-Zwischenfälle der 1980er Jahre, weder außen- noch innenpolitisch erklären. Im Jahr 1952 wurden schwedische militärische Aufklärer in sowjetischem Luftraum über der Ostsee abgeschossen. Diese Flüge folgten den Flugrouten der amerikanischen und britischen Luftwaffen über der Ostsee. Die schwedische Luftwaffe übermittelte regelmäßig ihre Ergebnisse an die NATO. Da diese Praxis jedoch gegen die offizielle schwedische Politik verstieß, war es den Regierungen über Jahrzehnte nicht möglich, der Öffentlichkeit zu erklären, was dort geschehen war. Ähnlich verhielt es sich mit den U-Boot-Zwischenfällen. Die schwedischen Küstengewässer hatten für beide Blöcke für den Kriegsfall eine strategische Bedeutung, weshalb gemeinsame Übungen von Marineeinheiten Schwedens und verschiedener

Die schwedischen Küstengewässer hatten für den Kriegsfall eine strategische Bedeutung, weshalb gemeinsame Übungen von Marineeinheiten Schwedens und verschiedener NATO-Staaten stattfanden.

2 | Kjell Engelbrekt, „Den sjuttonde alliansmedlemmen?“ (Das siebzehnte Bündnismitglied?), *Internationella Studier*, 4/1999, 61-72, 63 f.: „återförsäkringspolitik“, „dubbelpolitik“.

NATO-Staaten stattfanden. Mehrfach ereigneten sich während der 1980er Jahre mutmaßliche Verletzungen der schwedischen Territorialgewässer durch unbekannte U-Boote. Nachdem 1981 ein vollbewaffnetes sowjetisches U-Boot in den Gewässern vor dem zweitwichtigsten Marinestützpunkt Schwedens auf Grund gelaufen war, entbrannte in den Folgejahren ein politischer Streit zwischen sozialdemokratischer Regierung und bürgerlicher Opposition. Es ging dabei sowohl um die Herkunft der U-Boote als auch um den richtigen Umgang mit der UdSSR. In diesem Streit konnte sich der heutige Außenminister Carl Bildt gegenüber Olof Palme als Außenpolitiker profilieren. Gleichzeitig benutzte Schweden seit den späten 1960er Jahren die Neutralitätspolitik, um sowohl gegenüber dem Westen unter der Führung der USA und den sozialistischen Staaten unter der Führung der UdSSR als auch in der UNO die moralisch eingefärbte „aktive Außenpolitik“ zu verfolgen. So kritisierte Schweden besonders unter Ministerpräsident Palme oft beide Supermächte und stellte sich in der UNO demonstrativ auf Seiten der Dritten Welt.

Zur Neutralitätspolitik gehörte auch das Konzept der „Glaubwürdigkeit“, *trovärdighet*. Damit die Blöcke im Kriegsfall die Neutralität Schwedens ernst nehmen würden, durften keine politischen Stellungnahmen oder auch publizistische Debatten stattfinden, die die Einigkeit des schwedischen Volkes hinter der Neutralitätspolitik in Frage stellen könnten. Allerdings wusste nicht nur die NATO, wo Schwedens tatsächliche sicherheitspolitische Orientierung lag. Spätestens seit Anfang der 1960er

Spätestens seit Anfang der 1960er Jahre kannte die UdSSR durch die Spionage des schwedischen Obersts Stig Wennerström das volle Ausmaß der militärischen Zusammenarbeit mit dem Westen.

Jahre kannte die UdSSR durch die Spionage des schwedischen Obersts Stig Wennerström das volle Ausmaß der militärischen Zusammenarbeit mit dem Westen. Dies war den schwedischen Regierungen auch bekannt. Dennoch hielten sie an der Politik der „Glaubwürdigkeit“ fest. Es herrschte so bis 1990 ein politisches Klima, in dem jede Kritik an der Außenpolitik der – meist sozialdemokratischen – Regierungen in die Nähe von Landesverrat, jedenfalls der Staatsgefährdung gerückt wurde. Dies richtete sich sowohl gegen die Kommunisten als auch vor allem gegen die Konservativen. So verhinderte die sozialdemokratische Regierung 1959 die Teilnahme des konservativen Parteivorsitzenden Jarl Hjalmarsson an einer schwedischen VN-Delegation mit

der Begründung, er habe die Glaubwürdigkeit der Neutralität durch seine NATO-freundlichen Aussagen gefährdet und könne daher Schweden nicht international vertreten. Später bezeichnete Ministerpräsident Palme seinen politischen Gegner Carl Bildt als Gefahr für die nationale Sicherheit, als dieser die UdSSR für die U-Boot-Zwischenfälle verantwortlich machte. Beide konservativen Politiker nahmen in der Öffentlichkeit für eine politische Position Stellung, die zwar mit den Tatsachen übereinstimmte, offiziell jedoch von den jeweiligen Regierungen geleugnet wurde, und beide Streitfälle belasteten noch lange die Beziehungen der Moderaten zu den Sozialdemokraten. Noch bis in die Gegenwart wirkt bei moderaten Politikern das Gefühl nach, sich gegen den sozialdemokratischen Vorwurf wehren zu müssen, in außenpolitischen Fragen unverantwortlich zu handeln.

Während der zwanzig Jahre, die auf das Ende des Systemgegensatzes nach 1989/1990 folgten, veränderte sich die schwedische Außenpolitik grundlegend. So beantragte Schweden 1990 die EG-Mitgliedschaft, trat 1994 dem NATO-Programm Partnership for Peace (PfP), 1995 der EU und der GASP sowie dem Planning and Review Process der NATO (PARP) und 1997 der ESVP sowie dem Euro-Atlantic Partnership Council (EAPC) bei. Schwedische Truppen dienten unter NATO-Kommando in Bosnien und im Kosovo, in Afghanistan und jüngst in Libyen. Im Jahre 1999 unterstützte Schweden den Luftkrieg der NATO gegen Serbien politisch.

Diese Entwicklung zeigt einen fließenden Übergang von der offiziellen Sicherheitspolitik aus Zeiten des Ost-West-Konfliktes zur heutigen offiziellen Sicherheitspolitik. Die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit findet ungebrochen statt. Die wehrtechnische Zusammenarbeit, die sich vor 1990 beispielsweise darin äußerte, dass Schweden als einziges Land außerhalb der NATO Teil des US-Exportkontrollsystems CoCom war, wurde nach 1990 in der Western European Armament Group (WEAG) der Westeuropäischen Union (WEU) fortgeführt. Schweden arbeitet heute weiter auf dem Gebiet der Wehrtechnik eng mit vielen NATO-Staaten zusammen. Heute treibt Schweden innerhalb der EU gemeinsam mit Deutschland das Konzept des „Pooling and Sharing“ voran, wobei mehrere Län-

Schweden arbeitet eng mit vielen NATO-Staaten zusammen und treibt innerhalb der EU gemeinsam mit Deutschland das Konzept des „Pooling and Sharing“ voran.

der Rüstungsprojekte gemeinsam durchführen, um Kosten zu sparen und Ressourcen optimal auszunutzen. Musste die militärische Zusammenarbeit vor 1990 unter größter Vorsicht betrieben werden, fand sie danach offen statt. Erst nach 1990 wurde der schwedischen Öffentlichkeit beispielsweise bekannt, dass schwedische Landebahnen während der 1950er Jahre verlängert worden waren, um möglichen NATO-Bombern auf dem Weg in die UdSSR eine Landemöglichkeit zu bieten. Ebenso der Umstand, dass es eine Telex-Standleitung von Schweden ins NATO-Luftwaffenhauptquartier in Wiesbaden gab, sowie Pläne, im Kriegsfall hohe schwedische Offiziere in NATO-Stäben einzusetzen, waren bis Ende des Systemgegensatzes unbekannt.

Heute können militärische Übungen mit NATO-Staaten im Gegensatz zur Zeit vor 1990 regelmäßig und offen abgehalten werden. So besteht das Umdenken in der schwedischen Sicherheitspolitik nach 1990 eher darin, dass Tätigkeiten, die vorher im Widerspruch zur offiziellen Politik insgeheim und in geringerem Maße stattfanden, heute zur offiziellen Sicherheitspolitik gehören und offen stattfinden. Dabei hat sich Schweden so eng an NATO-Strukturen angepasst wie es möglich ist, ohne NATO-Mitglied zu sein. Der schwedische Verteidigungsminister sprach von „wahrer Solidarität“ im Gegensatz zu einer rein formalen Bündnismitgliedschaft. So sei Schweden jetzt Teil des „Decision Shaping“ innerhalb der NATO, wengleich nicht des „Decision Making“.

Vor 1990 konnte Schweden bis zu 700.000 Soldaten mobilisieren. Nach der Reform werden die Streitkräfte 6.900 angestellte Soldaten und 9.200 Vertragssoldaten umfassen.

Schweden hat die Wehrpflicht abgeschafft und die Streitkräfte hin zu einer Expeditionsarmee umgewandelt, die allerdings auch territoriale Aufgaben wahrnehmen kann. Während des Ost-West-Konfliktes konnte Schweden bis zu 700.000 Soldaten mobilisieren. Nach der Streitkräftereform werden die schwedischen Streitkräfte in wenigen Jahren 6.900 fest angestellte Soldaten und 9.200 Vertragssoldaten umfassen. Allerdings nutzte Schweden diese Strukturveränderung lange auch für Einsparungen im Staatshaushalt. Diese Einsparungen wurden unter dem Eindruck des Georgienkrieges im August 2008 zum Teil wieder rückgängig gemacht, als aus schwedischer Warte deutlich wurde, dass Russland für seine Nachbarn – immer noch oder wieder – eine militärische Bedrohung darstellen könnte. Seit den 1990er Jahren wurde die Zusammenarbeit bei der Ausbil-

derung und Übung mit der NATO intensiviert und die Fähigkeiten der schwedischen Streitkräfte werden bei gemeinsamen Einsätzen von der NATO sehr geschätzt. So übernahm im Libyen-Einsatz die schwedische Luftwaffe die Hälfte der Luftaufklärung der Verbündeten. Bei der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn innerhalb von EU und NATO betont Schweden vor allem die gemeinsamen Interessen und die engen gegenseitigen Beziehungen, beispielsweise bei der Lösung regionaler Aufgaben, sieht aber keine Notwendigkeit der NATO formal beizutreten.³

Auch hier vollzog sich eine Veränderung der offiziellen sicherheitspolitischen Doktrin. Nachdem Schweden 1991 erklärte, bei einem Angriff Russlands auf die Baltischen Nachbarn unmöglich neutral bleiben zu können, wurde in der offiziellen Bezeichnung der schwedischen Sicherheitspolitik anstatt des Begriffs der Neutralität ab 2003 nur noch von Bündnisfreiheit gesprochen. Im Jahre 2009 ergänzte wiederum die einseitige Solidaritätserklärung Schwedens gegenüber seinen Nachbarn die Bündnisfreiheit als sicherheitspolitische Doktrin. Diese Entwicklung vollzog sich – bis auf die Solidaritätserklärung – im fraktionsübergreifenden Konsens. Von den im Reichstag vertretenen Parteien sprechen sich im Jahre 2012 nur zwei, die Moderaten und die liberale Volkspartei, offen für eine NATO-Mitgliedschaft aus. Dabei betonen auch die Moderaten, dass der Beschluss, der NATO beizutreten, eine breite Zustimmung in der Bevölkerung voraussetzen würde. Die übrigen beiden bürgerlichen Koalitionspartner, das Zentrum und die Christdemokraten, sprechen sich gegen eine Mitgliedschaft aus, befürworten jedoch eine enge Zusammenarbeit. Die gesamte Opposition, sowohl die linken Parteien, also Sozialdemokraten, Linkspartei und Umweltpartei, als auch die rechtspopulistischen Schwedendemokraten, sprechen sich gegen einen schwedischen NATO-Beitritt aus. Die Vorstellung, dass Schweden zusammen mit anderen Staaten

Von den im Reichstag vertretenen Parteien sprechen sich im Jahre 2012 nur zwei, die Moderaten und die liberale Volkspartei, offen für eine NATO-Mitgliedschaft aus.

3 | Vgl. z.B. Sten Tolgfors, „Anförande Föreningen Folk och försvars rikskonferens 2012“, 15.01.2012; Peter Hulqvist, „Anförande, Föreningen folk och försvars rikskonferens“ (Vortrag, Reichskonferenz des Vereins Volk und Verteidigung 2012), 15.01.2012, <http://folkochforsvar.se/index.php/rikskonferensen.html> [12.04.2012].

in UNO und OSZE für den Frieden in der Welt wirken soll, ist immer noch weit verbreitet.⁴

AUSSENPOLITIK UND NATIONALE IDENTITÄT

Die Neutralitätspolitik ist seit mehreren Jahrzehnten Teil der schwedischen nationalen Identität geworden.⁵ Außenpolitisch prägen dieses Selbstbild Vorstellungen von Schweden als besonders modernem, fortschrittlichem und gerechtem Land. Die Überzeugung, ein nicht nur vorbildliches, sondern auch besonders großzügiges Land zu sein, legitimiert seit den 1970er und 1980er Jahren das Engagement in fernen Weltgegenden. Auch lässt sich mit der politischen Neutralität durchaus ein gewisses nationales Sendungsbewusstsein, ein „Modernitätsnationalismus“⁶, verbinden. Als das nach dieser Vorstellung am weitesten entwickelte Land der Welt hat Schweden geradezu den Auftrag, anderen auf den Weg der Entwicklung zu helfen. Stark mit einer sozialdemokratischen Weltsicht verbunden, ist diese Vorstellung von der schwedischen Modernität immer noch in allen Teilen der Bevölkerung zu finden.

Mit der politischen Neutralität Schwedens lässt sich durchaus ein gewisses nationales Sendungsbewusstsein, ein „Modernitätsnationalismus“, verbinden.

- 4 | Moderate: http://moderat.se/web/Utrikespolitik_2.aspx [12.04.2012]; Volkspartei: <http://folkpartiet.se/Var-politik/Vara-viktigaste-fragor/Sverige-i-varlden> [12.04.2012]; Christdemokraten: <http://kristdemokraterna.se/VarPolitik/Politikomraden/ForsvarOchSakerhet> [12.04.2012]; Zentrumspartei: <http://centerpartiet.se/Centerpolitik/Politikomraden/Forsvars--och-sakerhetspolitik/Politik-A--O/Alliansfrihet> [12.04.2012]; Sozialdemokraten: <http://socialdemokraterna.se/Var-politik/Var-politik-A-till-O/Forsvar-och-krisberedskap> [12.04.2012]; Linkspartei: http://vansterpartiet.se/index.php?option=com_content&view=article&id=2805&catid=486&Itemid=857 [12.04.2012]; Umweltpartei: http://mp.se/templates/mct_177.aspx?number=175058 [12.04.2012]; Schwedendemokraten: <http://sverigedemokraterna.se/vara-asikter/var-politik-a-till-o> [12.04.2012].
- 5 | Mit nationaler Identität ist hier kein unwandelbarer „Nationalcharakter“ gemeint, sondern es handelt sich lediglich um Vorstellungen, die in einer bestimmten Gesellschaft über längere Zeiträume eine weite Verbreitung haben.
- 6 | Alf W. Johansson, „Inledning: Svensk nationalism och identitet efter andra världskriget“ (Einleitung: Schwedischer Nationalismus und Identität nach dem Zweiten Weltkrieg), in: ders. (Hrsg.), *Vad är Sverige? Röster om svensk nationell identitet*, Stockholm 2001, 8: „modernitetsnationalism“.

Allerdings standen sich in der gesellschaftlichen Debatte seit Beginn der 1970er Jahre zwei grundsätzlich unterschiedliche Deutungen der gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber, eine eher sozialdemokratische und eine eher liberal-bürgerliche. Auf die Außenpolitik bezogen beschrieb die Sozialdemokratie Schwedens Rolle in der Welt als die eines Vorreiters der Entwicklung und als Vorbild für alle anderen Völker, eine Rolle, die durch die verantwortliche sozialdemokratische Führung gewährleistet werde. Dieses verantwortliche Handeln habe auch garantiert, dass alles, was im Namen der Neutralitätspolitik getan wurde, zum Besten des Landes und in Übereinstimmung mit der öffentlich verkündeten Politik geschehen sei. Dem widersprachen die Bürgerlichen. Sie sahen Schweden vielmehr als Land mit vielen Schwierigkeiten, weshalb der Anspruch, ein internationales Vorbild zu sein, eine maßlose sozialdemokratische Überheblichkeit sei. Sie kritisierten die zweigleisige Sicherheitspolitik während des Kalten Krieges als eine Veruntreuung des öffentlichen Vertrauens in die Neutralität und als Ergebnis einer heuchlerischen Grundhaltung.

Die Bürgerlichen sahen Schweden seit Beginn der 1970er Jahre als Land mit vielen Schwierigkeiten, weshalb der Anspruch, ein internationales Vorbild zu sein, eine maßlose sozialdemokratische Überheblichkeit sei.

Durch den Wahlsieg der bürgerlichen Koalition im Jahre 2006 und den Bedeutungsverlust der Sozialdemokratischen Partei haben sich die Fronten in der gesellschaftlichen Debatte verschoben. Trotz der umfassenden Verwerfungen der internationalen Lage und der nationalen Außenpolitik und trotz eines seit zwanzig Jahren andauernden Lamentos, Schweden sei mittlerweile von einem Vorbild für die Welt zu einem „normalen“ Land abgestiegen, besteht das schwedische Sendungsbewusstsein fort. Jedoch ist von außen schwer zu sagen, ob die aktuelle Regierung unter Fredrik Reinfeldt diese Auffassung wirklich teilt und damit ursprünglich sozialdemokratische Positionen übernommen hat, oder ob sie sich lediglich der Erwartungshaltung der Wähler angepasst hat.

DIE DEBATTEN ZUR AUSSENPOLITISCHEN VERÄNDERUNG 1990-2006

Eine Zäsur in der außenpolitischen Debatte Schwedens stellten zweifelsohne die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa nach 1990 und die daraus folgenden neuen außen-

politischen Möglichkeiten dar. Als Schweden Anfang der 1990er Jahre vor der grundlegenden Frage des EU-Beitritts stand, erhitzte die Diskussion um die Einzigartigkeit Schwedens die Gemüter. Debattiert wurde darüber, welches Maß an politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Angleichung an übrige westliche Staaten notwendig, wünschenswert oder erträglich sei. So zeigten sich die innergesellschaftlichen Spannungen an den unterschiedlichen Beurteilungen von Fragen wie der nach Bündnismitgliedschaft, Bündnisfreiheit und EU-Mitgliedschaft Schwedens, nach USA- und Israel-Freundlichkeit sowie nach internationaler Zurückhaltung oder Engagement. Unmittelbar nach dem Mauerfall, den osteuropäischen Revolutionen und dem Ende des Systemgegensatzes bestand auch in Schweden ein großes gesellschaftliches Bedürfnis, die jüngste Vergangenheit aufzuarbeiten. Wenngleich der Ost-West-Konflikt seine tagespolitische Brisanz größtenteils verloren hatte, blieb er dennoch über zwei Jahrzehnte hinweg ein wichtiger Referenzpunkt in den außenpolitischen Diskussionen. Dabei wurden der Kalte Krieg und die schwedische Neutralitätsgeschichte benutzt, um Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen oder politische Urteile zu fällen.

Seit den frühen 1980er Jahren stellte die mögliche Bedrohung der schwedischen Gewässer durch fremde U-Boote ein Streitthema der politischen Auseinandersetzung dar.

Ein weiterer Teil der außenpolitischen Debatte betraf den Umgang mit dem Thema der U-Boot-Zwischenfälle. Seit den frühen 1980er Jahren stellte die mögliche Bedrohung der schwedischen Gewässer durch fremde U-Boote ein Streitthema der politischen Auseinandersetzung dar. Sowohl ihre Herkunft als auch überhaupt ihre Existenz wurde schnell zu einer polarisierenden Frage vor allem zwischen Sozialdemokraten und Moderaten. Stellten für bürgerliche Kommentatoren die U-Boot-Zwischenfälle ein Beispiel für die Schwäche der sozialdemokratischen Außenpolitik dar, blieb für die politische Linke das Thema U-Boote fast synonym mit dem Namen Carl Bildt verbunden. In der öffentlichen Wahrnehmung verdankte Bildt seine politische Bekanntheit dem Kampf gegen Olof Palme in der U-Boot-Debatte der frühen 1980er Jahre. Durch seinen Aufstieg zum Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten war Bildt für die politische Linke zur Symbolfigur der bürgerlichen Kritik an der Sicherheitspolitik Olof Palmes geworden.

Umstritten war auch die Frage nach Schwedens Rolle in der Welt. So betonten eher sozialdemokratisch orientierte Diskussionsteilnehmer auch nach 1990, dass Schweden eine wichtige Aufgabe als Vermittler einnehme und diese Rolle nur ausfüllen könne, wenn es bündnisfrei bleibe. Dagegen argumentierte die bürgerliche Seite, dass Schweden sich seinen europäischen Nachbarn zu- und von Abenteuern in der Dritten Welt abwenden sollte. Die Befürworter der Palmeschen Außenpolitik verteidigten diese während der 1990er Jahre gegen Vorwürfe der Heuchelei und Doppeltzungigkeit. Vielmehr habe Schweden immer eine realpolitische Bündnisfreiheit gepflegt. Auf der bürgerlichen Seite wurde bis weit nach dem Jahr 2000 die Vorstellung weitergetragen, dass es in Schweden immer noch nicht möglich sei, frei über das Thema Sicherheitspolitik zu debattieren. Ein eigentlich so stark auf die Vergangenheit bezogenes Thema wie die U-Boot-Zwischenfälle der 1980er Jahre wies zwanzig Jahre lang dennoch erheblichen Bezug zur Gegenwart und insbesondere zur Person Carl Bildts auf, der noch 2007/2008 in seiner Funktion als Außenminister aufgrund von Handlungen aus seiner Zeit als Abgeordneter kritisiert wurde. Besonders wurde ihm vorgeworfen, bezüglich der Herkunft der U-Boote gelogen zu haben, da sie entweder nicht existiert hätten oder aber von der NATO, nicht aber der UdSSR gekommen seien. Auch nutzten ehemalige Akteure aus der U-Boot-Debatte der 1980er Jahre die Gelegenheit, um alte Rechnungen zu begleichen. So war das U-Boot-Thema beinahe drei Jahrzehnte Bestandteil der sicherheitspolitischen Diskussion Schwedens.

Auf der bürgerlichen Seite wurde die Vorstellung weitergetragen, dass es in Schweden immer noch nicht möglich sei, frei über das Thema Sicherheitspolitik zu debattieren.

Im Jahr 1990 begann eine äußerst lebhafteste außen- und sicherheitspolitische Debatte, die bis heute anhält. Dabei wird deutlich, dass über einen Zeitraum von 20 Jahren fast identische Argumente vorgebracht wurden. Besonders interessant wird es jedoch dann, wenn sich der Vertreter eines politischen Standpunktes der Argumentationsmuster der Gegenseite bedient, um seine eigene Position durchzusetzen. Beispielsweise benutzte Verteidigungsminister Sten Tolgfors in einem Plädoyer für einen NATO-Beitritt Begriffe, die bisher zur sozialdemokratischen Begründung der Außenpolitik gehört hatten. So beschrieb er die NATO als eine „breite Organisation für Sicherheit“ mit „Verantwortung für

internationalen Frieden und Sicherheit“ als etwas, das den schwedischen Leser an die vertraute UNO denken lassen sollte.⁷ Auch wird deutlich, wie bestimmte Themen immer noch als Chiffre dienen. So steht „U-Boot-Periskop“ immer noch für die Bedrohung durch Russland oder jedenfalls eine fremde Großmacht. Schließlich gilt fast automatisch der Bezug auf die Doppelpolitik des Kalten Krieges als Beweis der Befürwortung eines NATO-Beitritts oder jedenfalls der Ablehnung der sozialdemokratischen Politik.

VERÄNDERUNGEN SEIT 2006

Mittlerweile regiert seit über fünf Jahren eine bürgerliche Koalition. Damit stellt sich die Frage, ob die politischen Gräben in der Beschreibung der Gesellschaft, die seit Anfang der 1970er Jahre bestanden, mit dem Regierungswechsel 2006 endeten, oder ob sie auch danach fortlebten. Es deutet viel darauf hin, dass sich schon in den Jahren 2004 bis 2006, als sich die vier Parteien der bürgerlichen Allianz auf ein gemeinsames Wahlprogramm verständigten, eine rhetorische Synthese gebildet hat, in der ältere Elemente der schwedischen Identität zusammen mit Begriffen, die

bisher sozialdemokratisch besetzt gewesen waren, benutzt wurden, um bürgerliche Ideen zu verbreiten. Ein Beispiel dafür bot die ohne jede Ironie vorgetragene Ankündigung durch den Generalsekretär der Moderaten Partei, die

„Neuen Moderaten“ würden in Zukunft zur „gesellschaftstragenden Partei Schwedens“.⁸ Dabei hatten gerade die Moderaten oft das Selbstverständnis der Sozialdemokraten als „staatstragende“ Partei als Überheblichkeit kritisiert. Auch scheint die Vorstellung der Einzigartigkeit Schwedens so fest im allgemeinen nationalen Selbstbild verwurzelt zu sein, dass Ministerpräsident Reinfeldt mittlerweile selbst vom „Vorreiterland Schweden“⁹ spricht. Ist es also möglich,

Die Vorstellung der Einzigartigkeit Schwedens scheint so fest verwurzelt zu sein, dass Ministerpräsident Reinfeldt mittlerweile selbst vom „Vorreiterland Schweden“ spricht.

7 | Sten Tolgfors, „Medlemskap i NATO naturligt“, *SvD*, 16.02.2008: „bred organisation för säkerhet“, „ansvar för internationell fred och säkerhet“.

8 | Per Schlingmann, „Vi ska aktivt ta väljare från socialdemokraterna“ (Wir werden den Sozialdemokraten aktiv Wähler wegnehmen), *DN*, 12.08.2010: „Sveriges samhällsbärande parti“.

9 | Fredrik Reinfeldt und Moa Berglöf, *Framåt tillsammans. Min berättelse om föregångslandet Sverige*, Stockholm, 2010: „föregångslandet Sverige“.

dass Schweden sich nur mithilfe des klassischen schwedischen, sozialdemokratisch eingefärbten Selbstbildes regieren lässt? Bildt scheiterte seinerzeit bei dem Versuch, die anti-sozialdemokratische Gesellschaftsbeschreibung durchzusetzen.

Um 2006 gewählt zu werden, mussten die vier bürgerlichen Parteien einerseits ihre Standpunkte harmonisieren und andererseits sowohl ihre Inhalte als auch ihre Sprache an die „sozialdemokratischen“ Erwartungen der Wähler anpassen. Dabei haben die Moderaten sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik an überlieferte Vorstellungen angeknüpft. So werden die militärischen Einsätze Schwedens unter NATO-Kommando von Bosnien bis Libyen oft mit der überlieferten Vorstellungswelt von Blauhelmeinsätzen beschrieben, da es für Schweden seit sechs Jahrzehnten selbstverständlich ist, den VN regelmäßig Blauhelmsoldaten zur Verfügung zu stellen. Die immer stärkere militärische Angleichung wird als Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit erklärt. Dabei betont die Regierung, dass Schwedens sicherheitspolitische Anpassung, beispielsweise an die skandinavischen Nachbarn, nicht seine außenpolitischen Handlungsspielräume einschränken würde.¹⁰

Es ist für Schweden seit sechs Jahrzehnten selbstverständlich, regelmäßig Blauhelmsoldaten zur Verfügung zu stellen.

Mitte 2009 wurde schließlich der von Ministerpräsident Carl Bildt Anfang der 1990er Jahre formulierte sicherheitspolitische Grundsatz „kein anderer verteidigt Schweden und wir verteidigen nur Schweden“¹¹ formal vom Reichstag ausgemustert. Ersetzt wurde er durch ein einseitiges Versprechen, den Nachbarländern militärisch beizustehen, verbunden mit der Hoffnung, auch von ihnen bei Bedarf Beistand zu erhalten. Somit bleibt zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Neutralität von der Bündnisfreiheit nur das Fehlen einer Unterschrift unter einem Bündnisvertrag. Dies wird mit Sicherheit das schwedische Selbstverständnis beeinflussen und letztlich zu neuen Definitionen der eigenen Identität führen. Wie, in welchen Ausmaßen und während welcher Zeiträume, ist jetzt jedoch noch nicht abschätzbar. Die

10 | Für die offizielle Erklärung der schwedischen Sicherheitspolitik: <http://regeringen.se/sb/d/514> [12.04.2012].

11 | Carl Bildt, Rede im Reichstag, 15.01.1992, <http://riksdagen.se/webbnav/index.aspx?nid=101&dokid=GF0952&et=1991/92:52>: „Ingen annan försvarar Sverige och vi försvarar bara Sverige.“ [12.04.2012].

Auffassung von Schweden als Vorbild in der Welt wird uns jedoch höchstwahrscheinlich noch eine Weile begleiten.

AUSBLICK: SCHWEDEN UND DER NATO-BEITRITT

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die offizielle Beschreibung der Sicherheitspolitik langsam an die tatsächlich geführte Sicherheitspolitik angleicht.

Immer noch, 22 Jahre nach dem Ende des Systemgegensatzes und dem schwedischen Antrag auf EG-Beitritt, spielen Vorstellungen aus der Regierungszeit Olof Palmes in der schwedischen außenpolitischen Debatte eine Rolle. Nach dem Regierungswechsel im Jahre 2006 wurde die außenpolitische Auseinandersetzung zwischen den Bürgerlichen, vor allem den Moderaten, und den Sozialdemokraten nicht länger mit derselben Schärfe geführt wie noch während der Regierungsperiode Carl Bildts. Die Moderaten unter Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt pflegen einen anderen Ton als unter dessen Vorgängern, auch in der außenpolitischen Debatte. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die offizielle Beschreibung der Sicherheitspolitik langsam an die tatsächlich geführte Sicherheitspolitik angleicht. Allerdings ist fraglich, ob dies innerhalb absehbarer Zeit zu einem NATO-Beitritt Schwedens führen wird. So betonten schwedische Parteien und Regierungen seit dem Ost-West-Konflikt immer wieder, wie wichtig die Unterstützung der Bevölkerung für die Außen- und Sicherheitspolitik sei.

Vor 1990 förderten die Regierungen eine Vorstellung von der Sicherheitspolitik in der Bevölkerung, die nicht den Tatsachen entsprach. Diese „Verankerung in der Bevölkerung“, *folklig förankring*, wurde als Beleg und Begründung der Neutralitätspolitik benutzt. Dabei ist fraglich, worauf sich diese Verankerung bezog, auf die Neutralitätspolitik, auf die wohlbekanntere Rhetorik oder lediglich auf Neutralität im Sinne von „Unabhängigkeit“. Wenn große Teile der Bevölkerung im Kriegsfall gerne Hilfe aus dem Westen angenommen hätten, woran zeigte sich dann die „Verankerung“ der Neutralitätspolitik, insbesondere im Falle eines Angriffes durch die UdSSR? Heute wird die „breite Verankerung“ immer noch angeführt – sie soll der Regierungskoalition Zeit verschaffen, um keine rasche Entscheidung treffen zu müssen.